

Arbeitslose Akademiker

Im Leitartikel „Fünf Millionen“ von Holger Steltzner (F.A.Z. vom 3. Februar) heißt es, daß die Erwerbslosigkeit in Deutschland weiter steigt, „weil mit Hartz IV zu spät und nicht mit genügend Druck das Übel an der Wurzel gepackt wird“. Sodann wird „das Übel“ beim Namen benannt. Unter anderem heißt es dazu: „Der Sozialstaat muß dafür sorgen, daß Geringverdienere wieder eine Chance bekommen ... Deshalb muß ein neues Marktmodell für weniger Qualifizierte entwickelt werden.“ Ähnlich äußerte sich Bundeswirtschaftsminister Clement zu Beginn dieser Woche, als er erneut betonte, für mehr Berufsvorbereitende und nachschulische Qualifizierung der Ju-

gendlichen zu sorgen. Dies suggeriert nun aber – gewollt oder ungewollt –, daß die große Mehrheit der Arbeitslosen in Deutschland zu gering qualifiziert sei, um momentan eine Arbeit zu finden. Dabei wird verkannt, daß unter den fünf Millionen Arbeitslosen sehr wohl auch hochqualifizierte Fachkräfte und Akademiker sind. Nun mag der Anteil der arbeitslosen Akademiker in der Gesamtstatistik gering sein. Er ist aber in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, insbesondere seit dem Jahr 2000. Laut IW Köln ist die Anzahl der arbeitslosen Akademiker allein im Jahr 2003 im Vergleich zum Jahr 2002 um ganze 13,3 Prozent gestiegen.

Alexandra Hagenguth, Oberhausen

Frauen und Karriere

Zum Artikel „Frauen in Chefetagen schwach vertreten“ (F.A.Z. vom 20. Januar): Nach dem Bericht des DIW sind Frauen in Führungspositionen nach wie vor stark unterrepräsentiert, insbesondere Frauen mit Nachwuchs haben schlechte Karrierechancen. Die Folgerung des Instituts: „Um die Chancengleichheit zu erhöhen, müßten Unternehmen verbesserte Bedingungen schaffen, um Arbeit und Familie zu vereinen.“ Ist das wirklich der Grund, warum es so wenig weibliche Führungskräfte gibt? Könnte es nicht daran liegen, daß viele qualifizierte Mütter, die im Berufsleben stehen oder standen, den beruflichen Aufstieg in Führungspositionen gar nicht anstreben? Weil sie sich und ihren Kindern den erforderlichen überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand und physisch wie psychisch kräftezehrenden Einsatz nicht zumuten wollen? Weil ihnen der Preis zu hoch ist, Karriere und Familie vereinbaren zu wollen? Weil für sie das Erreichen einer Führungsposition nicht automatisch Synonym mit einem erfüllten (Berufs-)Leben ist? Weil ihre Entscheidung für Kinder und Familie vielleicht auch beinhaltet, daß sie die Erziehung ihrer Kinder gar nicht wegde-

legieren, sondern die Verantwortung selber übernehmen wollen? Dem Ruf nach mehr Chancengleichheit für Frauen in Führungspositionen liegt doch die Annahme zugrunde, daß das Erreichen dieses Zieles wertvoll sei. Ist es das denn wirklich? Baut es nicht eher einen enormen Druck auf? Zum einen sollen Frauen Familie gründen und Kinder bekommen, gleichzeitig aber sollen sie auch im Berufsleben funktionieren und auch noch Karriere machen. Es ist sinnvoller, sich über eine Gestaltung des Berufslebens in Lebenszyklusphasen Gedanken zu machen und die Mütter hierin zu unterstützen, als die Vereinbarkeit von Familie und Karriere erzwingen zu wollen. Eine Umfrage unter Frauen, was sie denn unter Chancengleichheit verstehen und ob sie die hier geforderte Form tatsächlich wollen, könnte vielleicht ähnlich erhellende Antworten bieten wie die neulich vorgestellten Ergebnisse der Studie, warum immer weniger Frauen Kinder bekommen (wollen). Da standen nicht strukturelle Probleme wie mangelnde Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Vordergrund, sondern das menschliche Problem, den Partner fürs Leben zu finden.

Andrea Roth, Bonn

Nach gründlicher Prüfung

„Gegen Tote führe ich keinen Krieg“, antwortete Kaiser Karl V. 1547 nach der Schlacht von Mühlberg auf den Rat, die Gebeine Luthers aus dem Grab zu reiben. Anders als Karl V. hält der deutsche Außenminister Fischer an der Gedenkpraxis fest, verstorbenen Mitarbeitern weiterhin ein ehrendes Andenken im Mitteilungsblatt seines Amtes zu verwei-

gern (F.A.Z. vom 17. Februar), wenn sie in jungen Jahren Mitglied der NSDAP waren. Wird dies auch in der Bundeswehr Nachahmung finden bei Offizieren, die in der „Naziwehrmacht“ ihre Laufbahn begonnen haben? In beiden Fällen wurden Diplomaten und Offiziere wie Soldaten erst nach einer gründlichen Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit übernommen.

Sofie Sarrazin, Neuburg

Wo bleibt der Wald?

Zur Berichterstattung des Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls (F.A.Z. vom 16. und 18. Februar) ist anzumerken, daß leider mit keiner Silbe unsere Wälder genannt werden, obwohl sie erheblich zum Klimaschutz beitragen. Die Bemühungen der Bundesregierung, die Verpflichtungen zur Kohlendioxid-Einsparung aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen, beziehen bisher weder die Holznutzung zur langfristigen Festlegung des klimaschädlichen Kohlendioxids noch die Möglichkeit der Schaffung zusätzlicher Kohlendioxid-Senken durch gezielte Waldbewirtschaftung mit ein. Die Senkenfunktion der Wälder, das heißt die Fähigkeit, klimaschädlicher Treibhausgas in Form von Kohlenstoff einzulagern, sollte unbedingt in einer nationalen Klimastrategie berücksichtigt werden. Schließlich speichern große Mengen von Kohlendioxid in Form von Kohlenstoff im Holz der Bäume. Bei einer Steigerung der Holzverwendung, wie mit der Charta für das Holz ja richtig von der Bundesregierung beabsichtigt, kann jeder Bürger aktiv zum Klimaschutz beitragen. Nur müssen dann auch Möglichkeiten geschaffen werden, die Forst- und Holzwirtschaft am Emissionshandel zu beteiligen, was dieser Branche aufgrund miserabler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen oben drein guttun würde.

Mark von Busse, Kalefeld

Ein Anfang

Hat sich am 16. Februar etwas grundlegend verändert, nachdem das Kyoto-Protokoll nach sieben Jahren endlich in Kraft getreten ist? Der große Wurf ist es nicht. Kein riesiger Schritt im Kampf gegen die Senkung der Kohlendioxid-Emissionen und trotzdem ein Etappenziel. Wermutstropfen gibt es im Kampf gegen die Umweltverschmutzung und für den Schutz der Natur immer wieder, darunter ist sicher auch die Nichtteilnahme der Vereinigten Staaten am Kyoto-Protokoll. Wie so oft bei internationalen Kooperationen handeln die Vereinigten Staaten wieder einmal unilateral. Die Kyoto-Übereinkunft ist ein Anfang, ein gemeinsam erreichtes arg geschliffenes globales Resultat. Die 141 Staaten, die das Vertragswerk ratifiziert haben, sind gefordert, ihre vereinbarten Ziele umzusetzen. Kyoto könnte als kleiner Sieg gegen die Verharmloser, Ewiggestrigen und Beschwichtiger in die Geschichte eingehen. Wir sind es unseren nachfolgenden Generationen schuldig, keinen Müllhaufen namens Erde zu hinterlassen.

Pascal Merz, Littau, Schweiz

Roma in Temeswar und Rumänien

Zum Beitrag „Wenn wir unsere Sitten verlieren, sind wir nicht mehr Roma – Ein Besuch beim „großen Anführer“ des Stammes der Căldărari, König Florin Ciobă“ von Karl-Peter Schwarz (F.A.Z. vom 5. Februar): Ich kann mich aus meiner Kindheit an Zigeuner oder Roma in meiner Heimatstadt Temeswar der fünfziger und sechziger Jahre gut erinnern, die tatsächlich in Lumpen und barfüßig herumliefen, andere als Nomaden mit ihren Wagen herumzogen, andere die Töpfe und Kessel flickten oder gebrochene Fensterscheiben mit neu zugeschnittenen ersetzen. Aber auch an Diebe, Landstreicher und Mörder wie auch an vor den Toren der Rathäuser abgelegte Kinder, die dem Staat überlassen wurden. Nach der Wahl Ceausescus zum Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Durchdringung des Machtapparats durch seine Vertrauten, änderte sich diese Lage allmählich. Angehörige der Roma wurden in den Strukturen des Machtapparates, das heißt in der Partei, in der Miliz (Polizei), in der Securitate (Geheimpolizei) und in verantwortlichen Positionen in den lokalen Kreisräten befördert. Die Söhne der örtlichen Roma-Anführer (Bulibasha) wurden plötzlich Medizin- oder Politik- beziehungsweise Jurastudenten, ihre Väter verfügten ja über genügend Geld und Einfluß, um die erfolgreichen Abschlüsse unabhängig von der Leistung zu bewirken. Andere halfen verdeckt mit, indem sie zum Beispiel als Gärtner (es gab einen berühmten Gärtner in Temeswar, der als verdeckter Kopfgeld-Eintreiber für die ausreisewilligen deutschstämmigen Bürger fungierte) arbeiteten oder als Alt-Gänsefeder-Sammelstellen-Betreiber agierten, die verdeckt das Geschäft mit den Kopfgeldern für Aussiedler betrieben. Solche Leute leisteten sich große Eigenheimhäuser und einen gewissen Luxus (manche sogar einen Mercedes mit rumänischem Chauffeur in Bukarest). Übrigens durften die Bulibasha schon zu Ceausescus Zeiten weltweit zu den internationalen Treffen der Sinti und Roma ungehindert reisen. Dann kam 1989 die in Temeswar begonnene Revolution und als Militärputsch mit der Hinrichtung Ceausescus endende Umwälzung. Die folgenden Jahre der Iliescu-Regierung waren durch Chaos und das Bestreben geprägt, dieser aus der zweiten Garde des alten Regimes gebildeten Regierung ihre alten Privilegien unter neuen Bedingungen einer sogenannten freien Marktwirtschaft, des freien Handels und der Reisefreiheit zu sichern. Neben vielen ausreisewilligen Bürgern waren es die Angehörigen der Sinti und Roma aus Rumänien, die zu den ersten

gehörten, die Westeuropa überschwemmten. Die Zigeuner zogen durch ganz Europa, nach Deutschland, Frankreich, Italien, wo sie bettelten und stahlen. Vor einigen Jahren konnte man in Deutschland und Westeuropa über sogenannte „Rumänen“-banden lesen, die Banktresore aushebelten und mit dem Inhalt spurlos verschwanden. Es ist verwunderlich, daß es keine offizielle rumänische Reaktion auf solche Berichte gab, denn die Täter waren meistens Roma. Für einen Rumänen oder rumänischen Staatsbürger, egal welcher Nationalität, ist es eine Beleidigung, festzustellen, daß er als „Zigeuner“ bezeichnet wird. Auch wenn, wie Ihr Autor Karl-Peter Schwarz den König Ciobă zitiert, viele arrierte Angehörige der Roma in Rumänien sich als Rumänen ausgeben. Sie haben die Freiheit, sich zu integrieren. Es gibt sicherlich auch ehrliche und verdiente Roma, Musiker, Handwerker oder Intellektuelle. Es sei jedem Volk, jedem Menschen überlassen, wie er leben will, solange das Gemeinwohl nicht durch seine Aktivitäten gefährdet ist. Das heißt aber nicht, daß man durch falsch verstandene Toleranz gravierende Tatsachen, manchmal sogar Verbrechen, ignorieren kann und soll. Fazit ist, daß viele Angehörige der Zigeunerstämme gleich nach dem Regimewechsel in Rumänien ihr bis dahin gehortetes Vermögen zum Ankauf fester Vermögenswerte (Häuser/Grundstücke) oder zur Finanzierung anderer illegaler Geschäfte nutzten.

Stefan Gassner, Viernheim

Schweinepreis

Im Artikel von Dirk van Laak über den Wirtschaftswissenschaftler Fritz Baade „Ich will die Schrecken des Jahres 2000 sehen“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 12. Februar) heißt es über dessen publizistischen Erfolg 1930 mit seiner „Schweinefibel“: „Seine Analyse einer volkswirtschaftlich perspektivlosen Orientierung des Angebots an der aktuellen Nachfrage ging als ‚Schweinezyklus‘ in die ökonomische Fachsprache ein.“ Dem war die Doktorarbeit des Agrarwissenschaftlers Arthur Hanau, der zuletzt einen Lehrstuhl für landwirtschaftliche Marktlehre an der Universität Göttingen hatte, vorangegangen. Darin hatte er nachgewiesen, daß die Höhe des Schweinepreises und das Angebot der Schweinezüchter einander zyklisch bedingen. Wenn der Schweinepreis hoch war, stieg das Angebot. Dem folgte ein Nachgeben der Preise, was zur Verknappung des Angebots führte. So begann die moderne landwirtschaftliche Marktforschung.

Professor Dr. Wolfgang Bister, Karlsruhe

Arbeitskampf

Im Rahmen einer Streikwoche soll es Arbeitsniederlegungen bei bestimmten Autobahndirektionen geben, „Räumfahrzeuge bleiben am Montag stehen“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 22. Februar). Verkehrsgefährdung als Mittel des Arbeitskampfes? Das Arbeitskampffrecht ist dort überprüfungsbedürftig, wo es seinem verfassungsrechtlichen Zweck nicht gerecht wird. Dieser Zweck war und ist es, ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen kapitalistischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen. Eine grundsätzlich andere Situation besteht aber dort, wo auf der Arbeitgeberseite nicht kapitalistische Gegeninteressen, sondern der Staat oder die Kommunen, also öffentliche Institutionen, stehen. Hier sind die Arbeitgeber demokratisch legitimiert, insbesondere sind auf ihrer Seite auch die Arbeitnehmerinteressen parteipolitisch repräsentiert, wenn über die Arbeitsbedingungen entschieden wird. Insofern gleicht die Situation öffentlicher Arbeitnehmer derjenigen der Beamten, denen aus guten Gründen ein Streikrecht versagt wird. Auch bekommt einen Streik im öffentlichen Dienst die Gesamtheit der Bürger zu spüren, in manchen Fällen sogar ein besonders schutzbedürftiger Teil der Bevölkerung. Es ist also darüber nachzudenken, ob das Grundgesetz (in Artikel 9 Absatz 3) mit der Koalitionsfreiheit auch Arbeitskämpfe gewährleistet, die sich gegen die Bevölkerung und deren demokratische Repräsentation richten.

Professor Dr. Reinhold Zippelius, Erlangen

Arrogante Verkäufer

Zur Lage bei Daimler-Chrysler: Es wundert mich nicht, daß es mit dem mittlerweile durch Arroganz beschmutzten Stern bergab geht. Ich beobachte jeden Tag, wie hier in Shanghai die Anzahl der BMW zunimmt. Da ich durch meinen Beruf viele Kontakte zu Chinesen habe und auch das BMW-Phänomen hinterfrage, höre ich immer, daß man die Mercedes nicht möchte, weil sie zu altbacken, zu spießig und übersteuert seien. Vor allem aber sei das Verkaufspersonal viel zu arrogant. Die Chinesen sind nicht mehr so schlicht, ihr Geld einfach den Daimler-Leuten ins Geschäft zu werfen und sich wie Bittsteller bedienen zu lassen. Hier fahren Porsche, Ferrari, Maserati und die BMW aller Klassen. Aus der Mercedes-Sport-Kategorie sieht man so gut wie nichts. Das alles hat doch einen Grund, oder nicht?

Arno Rosner, Schanghai, China

Der Sonntag steckt voller Abenteurer.

Gratis Hörbuch-CD
12 Wochen jeden Sonntag



Jules Verne – In 80 Tagen um die Welt

Ein englischer Gentleman und sein französischer Diener auf Weltreise – geht es wirklich nur um eine verrückte Wette, oder ist Phileas Fogg der gesuchte Bankräuber?

Sammeln Sie 12 Wochen lang vier spannende Jugendklassiker als Hörbuch (je 3 CDs). Teil 1 von „In 80 Tagen um die Welt“ erhalten Sie kostenlos mit dem Kauf der nächsten Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Nur bei Ihrem Zeitungshändler.*

*F.A.Z./F.A.S.-Abonnenten können das komplette Hörbuch „In 80 Tagen um die Welt“ (bestehend aus 3 CDs) gegen Übernahme der Versandkosten von 5,90 € bestellen unter: 0180 2 52 52 oder www.faz.net/shop

